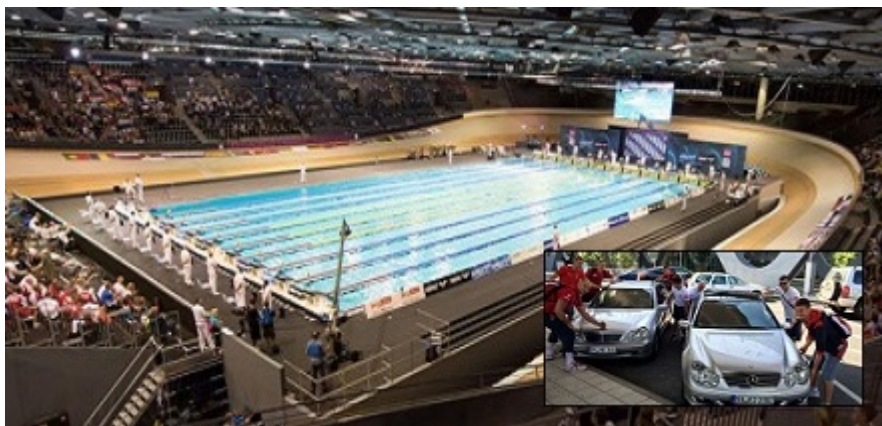


Wenig beachtet: Unverschämtes Verhalten gegenüber Polen bei der Schwimm-EM



Erinnern Sie sich noch an den Ententanz nach der Fußball-WM? Was war das für eine Aufregung, als sich unsere Mannschaft über die Verlierer lustig gemacht hatte. Der Vorfall hielt sich tagelang in den Hauptnachrichten. So gut wie gar nichts hört man dagegen in unseren Nachrichten über den Fauxpas, den sich der Sprecher bei der Schwimm-EM in Berlin geleistet hat:

[Aussetzer des deutschen Sprechers](#). Super Antwort der Polen.

Bei der Eröffnungszeremonie der Schwimm-EM in Berlin hat der deutsche Sprecher Dirk Froberg einen „Witz“ über Polen gemacht. Während er unsere Nationalmannschaft vorstellte, sagte er, dass „da die Mannschaft aus Polen kommt, die mit unseren Autos nach Hause zurückkehren wird.“ Nach einer schnellen Reaktion des polnischen Schwimmverbandes gab er zu, einen groben Fehler gemacht zu haben.

Froberg hat sich mittlerweile für seinen unverschämten Witz entschuldigte, aber auf derselben Veranstaltung gab es auch die Antwort der polnischen ... Basketballer. Die Auswahl Polens gewann am Mittwoch, 20.08. in der Qualifikation zur EuroBasket gegen die Deutschen. Wir schlugen unsere Nachbarn mit 88:76.

Wo ist der Unterschied zum Ententanz-Vorfall? Beide Fälle folgen einer eigenen unterschiedlichen politischen Korrektheit:

Political Correctness 1: Deutschland darf kein Gewinner sein und darf sich nicht freuen. Deshalb haben linke Idioten während der Fußball-WM wieder deutsche Flaggen von den Autos gerissen und zerstört. Deshalb schaffte es der „Ententanz“ tagelang in die Hauptnachrichten.

Political Correctness 2: Es gibt Menschengruppen, über die darf man sich nicht lustig machen und die darf man auch nicht kritisieren, dazu gehören Muslime, Schwarze, „Palästinenser“ und Zigeuner.

Political Correctness 3: Es gibt aber auch solche, an denen man nach wie vor seinen biederen deutschen Fremdenhass ungeniert ausleben darf, teils bis hin zu Gewalttätigkeiten. Darunter fallen solch unterschiedliche Gruppen wie christliche Abtreibungsgegner, Juden, Schwaben in Berlin oder eben Polen.

Ohne die Probleme mit polnischen Dieben verharmlosen wollen, wir erlauben uns hier eine differenziertere Meinung. Dazu gehört die Erinnerung an Wien 1683 oder die Leistung der Freiheitsbewegung unter Solidarnosc. Der eiserne Vorhang fiel auch deshalb, weil ein polnischer Papst die kommunistischen Machthaber in seiner Heimat vorführte. In vielem, zum Beispiel in der Liebe zum eigen Land, können Polen uns heute Vorbild sein.

Szacujemy i lubimy was, Polacy.

Christian Ortner: Der neue Islamofaschismus ist viel bedrohlicher als ein paar alte Nazis

Wer hierzulande mit einer Hakenkreuz-Armbinde über den Wiener Kohlmarkt spaziert, im Internet seine Zweifel an der Existenz des Holocausts artikuliert oder in seiner Wohnung einen Fanshop für Nazi-Paraphernalien betreibt, der wird relativ flott Bekanntschaft mit der Exekutive machen und für ein paar Jährchen aus dem Verkehr gezogen werden. Wer hingegen am Wiener Graben bei einer „Anti-Israel“-Kundgebung die Fahne der Terrororganisation Hamas schwingt, auf Facebook für den Jihad gegen Ungläubige wirbt und in seiner zur Moschee erklärten Wohnung einen Handel mit Terror verherrlichenden T-Shirts betreibt, darf dies nicht nur völlig ungestört, sondern im Fall einer angemeldeten Demo sogar noch unter dem Schutz der Polizei tun. (*Christian Ortner [weiter in der „Presse“](#)*)



DIG-Präsident

kritisiert

„Nahostexperten“ scharf



Den „Offenen Brief zur Gaza-Krise“ an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag ([PI berichtete](#)) nahm DIG-Präsident Reinold Robbe (SPD, Foto) zum Anlass, die Forderungen der etwa 90 Unterzeichner dieser Petition als „unverantwortlich und inakzeptabel“ zurückzuweisen.

Nach Auffassung von Robbe suggeriere diese Petition bereits durch die Titulierung der Absender, die sich selber als „Nahost-Experten“ bezeichneten, einen wissenschaftlichen Anspruch. Die mit diesem Brief dokumentierten Widersprüchlichkeiten und die Ausblendung von belegten Tatsachen würden jedoch genau das Gegenteil belegen. Statt mit fundierten Fakten und unabhängigen Expertisen zu argumentieren, sei dieser Brief ein „Sammelsurium von einseitiger Parteinahme für die Hamas-Terroristen und unverantwortlichen Tatsachenverdrehungen“, betonte der DIG-Präsident in seiner Stellungnahme.

In einer nicht zu überbietenden Naivität würde der Brief zunächst die Vorgeschichte und die Folgen des jüngsten Gaza-Krieges darstellen, wobei Israel als der eigentliche Verursacher dieses jahrelangen Konfliktes von vornherein feststehe. Seitenlang würden in emotional aufgeblähter Form Leid und Elend der Bevölkerung im Gazastreifen dargestellt, ohne jedoch auch nur mit einem Wort auf die Hamas als die

eigentlichen Verursacher dieses Konfliktes einzugehen. Keine Zeile befasse sich in diesem Brief mit den bereits Jahre andauernden permanenten Raketenangriffen der Hamas gegen Israel. Ausgeblendet würde auch die Tatsache, dass die Hamas im Gazastreifen eine Diktatur errichtet habe, die ihre Macht nur mit Verfolgung Andersdenkender sowie Folter und Mord aufrecht erhalten könne. Und wie ein roter Faden sei schließlich das Pamphlet von der Forderung nach Aufhebung der Blockade gegen Gaza durchzogen. Man könne sich, so Robbe weiter, des Eindrucks nicht erwehren, als wenn die Hamas selber die Feder der „Nahost-Experten“ geführt habe.

Statt einen bedingungslosen Gewaltverzicht von der Hamas als Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung der Region einzufordern, würden die Unterzeichner des Briefes von Israel die Anerkennung einer gar nicht existierenden palästinensischen Einheitsregierung und die Respektierung der Hamas als „eine populäre politische Partei“ fordern.

Seinen Gipfel erreiche dieses Dokument der ideologisch gefärbten Parteinahme jedoch mit der Forderung an die Bundesregierung, die „militärische Zusammenarbeit mit Israel auf den Prüfstand zu stellen“. In der Konsequenz bedeute diese Aussage eine Aufkündigung der einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und die Umkehr des bisherigen Grundsatzes der deutschen Politik, nach dem Israels Sicherheit Teil der deutschen Staatsräson sei, erklärt DIG-Präsident Robbe.

Der DIG-Präsident wörtlich: „Die Unterzeichner des Briefes, die zum größten Teil vom deutschen Steuerzahler finanziert werden, haben offensichtlich nicht genau gelesen, was sie da eigentlich unterschreiben!“ Bezeichnend sei, dass einer der Initiatoren des Briefes der offen bekennende Israel-Kritiker Prof. Udo Steinbach sei. Prof. Steinbach lasse keine Gelegenheit aus, seine Sympathie für die Hamas-Terroristen deutlich zu machen. Beispielsweise als Schirmherr der „Gaza-Flottille“, einer von Steinbach unterstützten „Deutschen

Initiative zum Bruch der Gazablockade“ im Jahre 2011; wohlwissend, dass die erste „Gaza-Flottille seinerzeit neun Todesopfer gekostet hatte.

DIG-Präsident Robbe rief abschließend die angesprochenen deutschen Politikern dazu auf, „dieses unverantwortliche Produkt einseitiger Parteinahme nicht einfach nur zu ignorieren, sondern gegenüber den Unterzeichnern auf die Einhaltung von Selbstverständlichkeiten, wie wissenschaftliche Integrität, Verantwortung und Wahrhaftigkeit zu bestehen“. Insbesondere stünden die Angehörigen von staatlich finanzierten Hilfsorganisationen, die zu den Unterzeichnern gehörten, in der Pflicht, die deutschen Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit strikt einzuhalten. Wer das nicht einsehe, dürfe in diesem Bereich auf keinen Fall tätig sein.

(Quelle: [facebook](#))

Spiegel-Krise: Offener Brief an Wolfgang Büchner



Lieber Wolfgang, im

Mai dieses Jahres erhielt ich von dir die mehr als fristlose Kündigung. Nach zwölf Jahren SPON-Mitarbeit unter Vertrag kam euer Brief, formal korrekt, als Zweizeiler per Einschreiben

daher. Die Form dieser Kündigung mag juristisch sauber sein. Der Hintergrund ist es aus meiner Sicht nicht. Und aus diesem Grund möchte ich dich auffordern, nicht die Posten der Ressortleiter bei euch neu auszuschreiben, sondern deinen eigenen – und bei dieser Gelegenheit auch jenen von Katharina Borchert und Florian Harms. Ihr erinnert euch sicherlich, um was es geht.

(Von Vlad Dan Georgescu, im Original erschienen auf lifegen.de)

Im Mai dieses Jahres bot ich – wie seit 2002 übrigens immer wieder in regelmäßigen und keinesfalls sporadischen Abständen – erneut eine brisante Story an. Es ging um die Verwicklungen der EU Kommission in dubiose Machenschaften der Bukarester Mafia Immobiliara. Anhand von Originaldokumenten rumänischer Ermittlungsbehörden, die ich euch zukommen ließ, wollte ich eine Story zu diesem Thema verfassen.

Meine Exposés, meine Anfragen an Pressestellen und Behörden, selbst meine recherchierten internen Dokumente erhieltest du auch persönlich an die mir bekannte Email. Damit nicht genug. Während einer entscheidenden Recherchereise sendete ich dir via Smartphone Originalaufnahmen aus dem Archiv zur Aufarbeitung der ehemaligen Securitate-Akten – und informierte dich fortlaufend über alle meine Schritte.

Natürlich nicht nur dich. Denn so gut wie alle meine Emails gingen an eure interne Redaktionsadresse, um nur eine weitere Empfängeradresse zu benennen. Die Empfangsbestätigungen – es dürften weit über Hundert sein – vieler Kolleginnen und Kollegen lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass meine Thema samt der Rechercheergebnisse stets bei euch ankamen. Und dass ich – wie seit 12 Jahren übrigens immer – auch in diesem Falle als SPON-Freelancer unterwegs war. Zumal auch euer Brüssel-Korrespondent, mit dem ich zwei Mal telefonierte, Interesse an der Geschichte hatte.

Das alles lief so lange gut, bis ich euch am 18. Mai 2014 informierte, dass in den illegalen Machenschaften in Bukarest auch das britische Bankhaus HSBC involviert zu sein scheint. Gleichzeitig erhielt HSBC Trinkhaus einen Fragenkatalog, in dem es unter anderem auch darum ging, welche Medien welche Summen für Anzeigen oder ähnliche Projekte von HSBC erhielten.

Einen Tag später bekam ich wiederum unliebsame Zeilen von Florian Harms, immerhin stellvertretender Chefredakteur und somit deine rechte Hand beim SPON. Der SPIEGEL ONLINE, so Harms, habe über Umwege erfahren, dass ich mich als Autor des SPON ausgeben und in dessen Namen Fragen stellen würde. Das möge ich bitte unterlassen – es werde keinen Auftrag geben, und auch als Autor solle ich mich nicht mehr bezeichnen.

Du wirst dich sicherlich daran erinnern, dass ich Harms bat, diese Behauptungen zurückzuziehen, da sie meinen Ruf als Freelancer beschädigten. Zumal ich – ebenfalls schriftlich – nur kurze Zeit zuvor von Katharina Borchert die Mitteilung erhielt, dass mein Themenvorschlag bei der Chefredaktion – also auch bei Harms – angekommen war und dort vorlag. Natürlich kündigte ich an, mich ansonsten an den Fachbereich Medien der ver.di zu wenden – worauf du mir per Email umgehend die Zusammenarbeit gekündigt hast.

Das alles wären noch Dinge, die wir ohne Öffentlichkeit und vor Gericht austragen könnten. Doch keine zwei Wochen nach meinem Rauswurf erschien beim SPON eine Serie über den deutschen Mittelstand – mit dem winzigen Vermerk „powered by sage“. Dass SAGE ein britisches Unternehmen ist, das u.a. auch elektronische Banksysteme anbietet und mit HSBC zusammenarbeitet, mag Zufall sein. Dass der zeitliche Ablauf – meine Erwähnung von HSBC im Kontext mit Bukarest, meine umgehende Kündigung nur einen Tag später und eure von SAGE „gepowerte“ – also bezahlte – Dienstleistung sind es aus meiner persönlichen Sicht nicht.

Und daher sage ich dir, formal juristisch korrekt, meine

eigene und ganz persönlich Meinung: Ich habe den dringenden Verdacht, dass du als Chefredakteur des größten deutschen Nachrichtenmagazins bestenfalls einem Interessenskonflikt zwischen „powered by“-Aufträgen und kritischen Artikeln an die Adresse eben solcher Finanzierer unterlegen bist, schlimmstenfalls aber das Erbe Augsteins verraten schlichtweg hast – indem du als Chefredakteur das Aufdecken von Missständen nicht mehr förderst, sondern stoppst. Das ist, noch einmal für alle Juristen, meine persönliche MEINUNG.

Lieber Wolfgang, ich habe mit dem Ende meiner Zusammenarbeit beim SPON kein Problem. Denn das wäre ohnehin nicht mehr jener SPIEGEL ONLINE, für den Marita Vollborn und ich als Team stets gerne gearbeitet haben. Doch womöglich haben SPIEGEL und SPON mit dir, Florian und Katharina eine suboptimale Besetzung. Es wäre an der Zeit, diese Missstände zu korrigieren.

Gegen HSBC ermitteln übrigens derzeit gleich mehrere Behörden in mehreren Ländern, und was ich gerne beim SPON geschrieben hätte, erschien mittlerweile im Blog von DER FREITAG, auf LifeGen.de und in meinen Postings bei LinkedIn. Verklagt hat mich deswegen noch niemand – was ich nach wie vor bedauere, denn dann könnte man die Machenschaften der Bank in Bukarest endlich auch der deutschen Öffentlichkeit vorstellen. Zumal auch deutsche Banken Opfer dieses Systems zu sein scheinen.

Beste Grüße

Vlad

-
- » PI: [„Wieder Megazoff beim SPIEGEL“](#)
 - » BILD: [Spiegel in Flammen](#)

(Spürnase: Felix Austria)

Wann fliegen die parasitären Gender-Weiber endlich alle aus den Unis?

☒ Ein Professor namens Günter Buchholz wollte eine Forschungsarbeit über die „Gender Studies“ an deutschen Unis fertigen und befragte dazu ein paar Dutzend Gender-Lehrstühle, was da so getrieben und erforscht werde. Er kriegte keine einzige Antwort, wurde boykottiert, und es stellte sich heraus, dass die Wege zu den lukrativen Lehrstühlen meistens aus einer einzigen Frauenkette bestanden; also die Ministerin sagt etwas der Staatssekretärin, die es der Unipräsidentin erlaubt, dass Frau Maier-Müller ein Lehrstuhl finanziert wird mit zwei Assessorinnen und fünf Sekretärinnen oder so. Ein Mann war in dieser Kette außer als Steuerzahler regelmäßig nicht dabei. Und geforscht und gelehrt wird nur unwissenschaftlicher Käse, wenn überhaupt. Eigentlich eine Schande für die deutsche Universität. Schmeißt sie raus! Gender hat mit Wissenschaft nichts zu tun, nur mit Versorgungsposten für schräge Weiber!

Um die Beantwortung der Fragen wurden die folgenden Personen gebeten, die sich weigerten. Die Frau Professorin ist jedes Mal die Gender-Forscherin, die genannten Männer sind die jeweiligen Rektoren der Gender-Uni:

- 1. RWTH Aachen, Herrn Prof. Dr. Ernst Schmachtenberg, Rektor*
- 2. Frau Prof. Dr. Tanja Paulitz*
- 3. Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Präsident Herr Prof. Dr. Bernd Reissert Frau Prof. Dr. Kristina Bautze*
- 4. Präsident der Goethe-Universität Frankfurt/Main, Herrn Prof. Werner Müller-Esterl*

5. Frau Prof. Ulla Wischermann
6. Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen
7. Frau Prof. Blunck
8. Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen
9. Frau Prof. Raasch
10. Genderbüro, Frau Dr. Frey,
11. Universität Trier, Der Präsident Prof. Dr. Jäckel
12. Frau Prof. Dr. Geier
13. Universität Basel, Der Rektor Herr Prof. Dr. Piveteau,
14. Frau Dr. Ramsauer
15. TU Berlin, Der Präsident Herr Prof. Dr. Jörg Steinbach
16. Frau Prof. Dr. Sabine Hark
17. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Präsident Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer
18. Frau Prof. Dr. Nina Degele
19. Frau Prof. Dr. Weber, Rektorin der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
20. Herr Dr. P. Pohl
21. Präsident der Universität Hamburg Prof. Dr. Dieter Lenzen
22. Frau Prof. Lembke
23. Rektor der Universität Bremen Prof. Dr. Scholz-Reiter
24. Frau Prof. Eifler
25. Universität Osnabrück – Der Präsident Prof. Dr. Rollinger
26. Frau Prof. Dr. Schwarze
27. Wirtschaftsuniversität Wien, Der Rektor Herr Prof. Dr. Badelt
28. Frau Prof. Dr. Hanappi-Egger
29. Universität Bern, Der Rektor Herr Prof. Dr. Täuber,
30. Frau Prof. Dr. Schnegg
31. Herrn Prof. Dr. Umbach, Präsident der Ostfalia – Hochschule
32. Frau Stephanie Zuber
33. Ruhr Universität Bochum, Rektor Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Elmar W. Weiler
34. Frau Prof. Dr. Ilse Lenz
35. Frau Prof. Dr. Diemel, Präsidentin der HAWK Hildesheim
36. Frau Prof. Dr. A. Müller

37. *Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen*
38. *Frau Prof. Schirmer*
39. *Präsident der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Radtke*
40. *Frau Prof. Klammer*
41. *Universität Gießen, Der Präsident Prof. Dr. Joybrato Mukherjee*
42. *Frau Dr. Hergenhan*
43. *Universität Wien, Der Rektor Herr Prof. Dr. Engl*
44. *Frau Prof. Dr. Schmitz*
45. *Universität Klagenfurt, Der Rektor Herr Prof. Dr. Vitouch*
46. *Frau Prof. Dr. Wächter*
47. *Herr Prof. Dr. Berger*
48. *Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen, Frau Prof. Ulrike Beisiegel*
49. *Frau Dr. Uta Schirmer*
50. *Universität Bremen, Rektor Herr Prof. Dr.-Ing. Bernd Scholz-Reiter*
51. *Frau Prof. Dr. Christine Eifler*
52. *Universität Oldenburg, Die Präsidentin Frau Prof. Dr. B. Simon*
53. *Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen*
54. *Frau Prof. Benthien*
55. *Heidelberger Institut für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Frau Prof. Blaettel-Mink, Frau Dr. Kramer*
56. *Universität Kassel, Der Präsident Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep*
57. *Frau Prof. Dr. Tuidier*
58. *Universität Wien, Der Rektor Herr Prof. Dr. Bieger*
59. *Herr Prof. Dr. Steyart*
60. *Technische Universität Berlin, Der Präsident Prof. Dr. Steinbach, Der Vizepräsident Prof. Dr. Thamsen*
61. *Frau Prof. Dr. S. Hark*
62. *Universität Graz, Die Präsidentin Frau Prof. Dr. Christa Neuper*
63. *Frau Prof. Dr. Angelika Wetterer*
64. *Herrn Prof. Dr. Bernd Huber, Präsident der Ludwig-*

Maximilians-Universität München

65.Frau Prof. Paula-Irene Villa

66.Präsident der HAW Hamburg, Prof. Dr. Michael Stawicki

67.Frau Prof. Bessenrodt-Weberpals

68.Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen

69.Frau Prof. Rastetter

70.Deutsche Stiftung Frauen- und Geschlechterforschung

Frau Dr. Dumont du Voitel,

71.Universität Siegen, Der Rektor Prof. Dr. Burkhardt

72.Frau Prof. Dr. Moog

73.Universität Basel, Der Rektor Herr Prof. Dr. Loprieno

74.Frau Prof. Dr. Maihofer

Für weitere Infos [siehe diesen Bericht](#), und Professor Buchholz hat [seinen erhellenden Bericht hier](#) veröffentlicht!



**Thüringer NSU-Ausschuß
zweifelt an Selbstmord**



Der NSU-Untersuchungsausschuß in Thüringen veröffentlichte gerade sein Ergebnis und kritisierte hauptsächlich die Behörden, welche

die NSU viel früher hätten finden müssen. Wir dürfen hier erstmal einwenden, daß bis dato immer noch nicht feststeht, ob es eine Terrorbande namens NSU gegeben hat, denn dazu gehören mindestens drei Personen. Wer ist der Dritte bitteschön? Zschäpe ist nicht verurteilt. Aber der Ausschuß zweifelt interessanterweise auch am Selbstmord von Böhnhardt und Mundlos, was [PI schon seit langem](#) als schlicht unglaublich ansieht:

So gehen sie auf Distanz zur Ansicht der Bundesanwaltschaft, wonach sich Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 nach einem Banküberfall in Eisenach selbst umgebracht hätten. Erst dadurch wurde der NSU überhaupt bekannt. Nach Ansicht des Ausschusses gibt es Indizien gegen die „Suizidthese“. So seien [keine Rußpartikel in den Lungen](#) von Böhnhardt und Mundlos gefunden worden, obwohl einer der beiden vor dem Selbstmord das Wohnmobil angezündet haben soll.

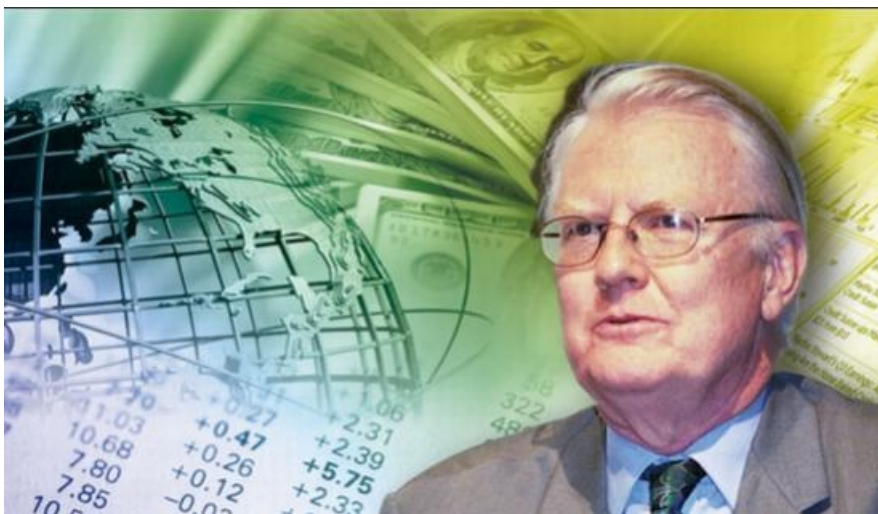
Und:

Unverständlich erscheint dem Ausschuss auch, dass keine Gegenwehr der mutmaßlichen Terroristen erfolgte. Im Wohnmobil sei schließlich „ein ganzes Waffenarsenal sichergestellt“ worden, darunter sogar eine Handgranate. Zudem hätten sie, da sie vermutlich den Polizeifunk abhörten, vom Ende der Ringfahndung wissen und flüchten können. „Stattdessen müssten nach der Suizidthese die beiden abgewartet haben, bis man sie findet, um sich dann beim Herannahen von zwei

Streifenpolizisten kampflös umzubringen“, heißt es im Abschlussbericht. Es blieben „Fragen und Widersprüche“. Das gelte im weiteren für den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn, der ebenfalls dem NSU zugerechnet wird.

Laut [Tagesspiegel soll wegen](#) der offenen Fragen in Thüringen nach der Landtagswahl am 14. September erneut ein NSU-Ausschuss eingesetzt werden. Gut so!

Nobelpreisträger: Der Euro muss weg!



Die ökonomische Elite hält den Euro hinderlich für den Aufschwung. Einige Laureaten sehen im Bruch des Euro sogar die einzige Chance, um das wirtschaftlich lahrende Europa

wieder in Schwung zu bringen. „Ich kann mir mit dem Euro keinen wirklichen Aufschwung in der Euro-Zone vorstellen, der auch den Namen Aufschwung verdient“, sagte James Mirrlees [Foto], Professor für politische Ökonomie in Cambridge. Ein stures Festhalten an der Gemeinschaftswährung hält der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1996 für zu kostspielig. „Die Kosten für den Zusammenhalt der Währungsunion dürften langfristig die Kosten für ein Auseinanderbrechen bei Weitem

überschreiten“, sagte Mirrlees. (Es gibt noch Stimmen der Vernunft! [Weiter in der WELT](#))

Zweimal versuchte Vergewaltigung in Berlin



Der Marokkaner Mohammed H. (26) hat vor vier Monaten in Berlin-Reinickendorf versucht, zwei Frauen zu vergewaltigen. Damals trug er einen Kaftan und entkam in ein islamisches Gebetshaus. Jetzt steht er vor Gericht, hat aber keine anderen Probleme, als seiner Nikotinsucht zu frönen: „Ich habe nichts dazu zu sagen, lassen Sie mich einfach nur raus aus dem Gefängnis, ich will endlich wieder eine Zigarette rauchen.“

[B.Z.-Berlin](#) schreibt:

Äußerst brutal griff der Täter seine vermeintlichen Opfer an. Einer Frau brach er den Knochen im Oberarm, eine andere trat er vom Fahrrad herunter. Doch beide Frauen wehrten sich, riefen um Hilfe, bis der Schläger von ihnen ließ.(...)

Die Mode-Studentin Tuan K. (23): „Er packte mich auf dem Gehweg, schob mich in einen dunklen Hausflur, ließ erst von mir ab, als mein Oberarmknochen zerbrach!“

Die Angestellte Silvia G. (48): „Ich kam von der Arbeit. Er trat gegen mein Fahrrad, brachte mich zu Fall. Dann schlug er mit der Faust auf mich ein, zerrte mich an den Haaren, schleifte mich am rechten Bein zum Hausflur. Ich klammerte mich irgendwie am Eingang fest und schrie um Hilfe – da verschwand er im Treppenhaus.“

Schlimm genug, dass dieser unterste Bodensatz unserer zwangsbereicherten Gesellschaft überhaupt auf unsere Staatskosten im Gefängnis durchgefüttert werden muss. Es wäre in jeder Hinsicht besser, ihn sofort dorthin abzuschicken, wo er hingehört: In seine islamische marokkanische Gesellschaft, wo er genug Gleichgesinnte hat. Merkwürdig nur, dass er dieser Gesellschaft geflohen ist, der er doch ganz offenbar ideologisch angehört. Wir jedenfalls wollen deren Probleme nicht hierher importiert wissen. Noch mehr Vergewaltigung durch Südländer gibt es [hier](#).

Ulfkotte über die Kriegstreiberei der FAZ

Schon seit vielen Wochen fallen uns die parteilichen FAZ-Kriegstreiber auf, unter anderem der US-Lobbyist Klaus-Dieter Frankenberger, bei dem in jedem Artikel über Putin und die Ukraine gnadenlos der kalte Krieger durchschimmert. [Hier Frankenbergers](#) Mitgliedschaften, die alles übertreffen, was für einen seriösen Journalisten statthaft ist! Ein Ethos, als Journalist einigermaßen objektiv zu sein und keine unbewiesenen Lügen zu verbreiten, hat dieser Herr nicht mehr. Die ganze FAZ-Redaktion ist heruntergekommen! Das merken auch andere, zum Beispiel Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart

(früher beim SPIEGEL). [Hier ein Artikel](#) von Udo Ulfkotte, der viele Links zu genau diesem Thema enthält! Es ist einfach unglaublich, was die FAZ ihren Lesern zumutet. Kriegspropaganda aus Kiew wird bei der FAZ zur Tatsache auf Seite 1! Und sowas nennt sich „Qualitätspresse“!

Einschulung in Deutschland 2014



Nein, es gibt keine Islamisierung...

(Grundschule in Hamm, NRW / Gefunden [hier](#))